

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: 886 848 pgbn d
Telefax: 915 20-12



Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen MdB zu den Petersberger Vorschlägen der SPD-Führung: Neue Beweglichkeit oder neue Unklarheit?

Seite 1

Dokumentation

Die Bundeskonferenz der SPD-Seniorinnen und Senioren hat unter dem Motto "Für ein lebenswertes Alter im geeinten Deutschland" Erwartungen an eine sozialdemokratische Regierungsalternative erarbeitet. Das Papier im Wortlaut

Seite 3

47. Jahrgang / 164

27. August 1992

Neue Beweglichkeit oder neue Unklarheit? Zu den Petersberger Vorschlägen der SPD-Führung

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstands

Die dramatischen Veränderungen der Rahmenbedingungen für die deutsche Politik im nationalen und internationalen Kontext erfordern eine kritische Überprüfung und, wo erforderlich, Weiterentwicklung der Zielsetzungen sozialdemokratischer Politik, will die SPD nicht in dogmatischer Erstarrung an politischer Kraft verlieren. Davon sind selbst Aussagen des erst 1989 verabschiedeten Grundsatzprogramms der SPD nicht ausgenommen. Überprüfung und Weiterentwicklung der Zielsetzungen sollten allerdings unter voller Beteiligung der Partei stattfinden. Ausweitung, nicht Einschränkung der Willensbildung der Partei ist gerade jetzt gefragt, sonst entlarvt sich die Zielsetzung des Projekts "SPD 2000" schon heute als Papiertiger. Keinesfalls dürfen förmliche interfraktionelle Verhandlungen über die Vorschläge vom Petersberg vor einem Abschluß der Willensbildung der Partei begonnen werden.

Programmatische Bewegung ist kein Selbstzweck. Die Bevölkerung und die Parteimitgliedschaft wird gerade jetzt prüfen, inwieweit neue Antworten sozialdemokratischen Grundwerten verpflichtet bleiben.

Die Ergebnisse der Petersberger Tagung in Sachen Asylrecht und internationale Einsätze deutscher Truppen werfen aber eher Fragen auf, als daß sie mehr Klarheit schaffen.

1. Zum künftigen internationalen Einsatz deutscher Truppen

Die auf dem Petersberg gewonnene Erkenntnis, die SPD müsse nach einer UNO-Reform, die ein weltweites Gewaltmonopol der UNO etabliere, auch einen Kampfeinsatz deutscher Truppen als Teil einer Weltpolizei unter UNO-Kommando durch eine Verfassungsänderung ermöglichen, steht in absehbarer Zeit gar nicht ernsthaft zur Debatte. Entsprechende Vorschläge des UN-Generalsekretärs Butros Ghali haben keine realistische Basis. Was soll es dann, wenn die SPD-Spitze eine Öffnung der SPD-Position hin zur Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten Kampfeinsätzen auf der Basis einer noch nicht erfolgten - und in absehbarer Zeit nicht zu erwartenden - Reform der UNO in Aussicht stellt? Der Haupteffekt kann doch nur sein: Die SPD gibt damit den Weg frei zu baldigen überparteilichen Gesprächen über die Modalitäten einer Grundgesetzänderung über den Kampfeinsatz deutscher

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendeter Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recyclingpapier



Truppen, der nicht auf den Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes und Bündnisverpflichtungen innerhalb der NATO beschränkt bleibt, ohne klare Grenzen zu ziehen. Wir brauchen keine Beschlüsse in dieser Frage, die nur Türen öffnen, Beweglichkeit demonstrieren sollen.

Darüberhinaus gibt das Ergebnis vom Petersberg dem Denken neue Nahrung, militärische Intervention wäre ein notwendiges, hilfreiches, wirksames Mittel zur weitweiten Durchsetzung von Menschenrechten. Ist es nicht illusionär, angesichts der Lage in Afghanistan, im Sudan, in Somalia, im Kaukasus und in vielen anderen Krisenherden unserer Welt die Vision einer Weltpolizei als kurzfristig denkbar anzusehen, die durch Militäreinsätze Ordnung und Menschenrechte weltweit schützen oder herstellen könnte? Und ist es nicht so, daß auf absehbare Zeit nur die USA und die NATO oder WEU über die militärische Infrastruktur für solche Kriseninterventionen verfügen?

2. Zur Fortentwicklung des Asylrechts

a) Zu den Ergebnissen vom Petersberg zählt die Einsicht, daß die SPD auch ohne die Vorbedingung einer europäischen Harmonisierung zu Änderungen, Ergänzungen des Artikels 16 bereit sein wird. Unverdrossen haben führende Innenpolitiker der SPD in den letzten Jahren zu Recht erklärt: "Wir halten am Grundrecht auf Asyl, das auch ein Stück sozialdemokratischer Identität ist, fest. Die Flüchtlingsprobleme lassen sich nicht durch Patentrezepte, etwa durch Beseitigung oder Einschränkung des Grundrechts auf Asyl lösen. Eine Beseitigung oder Einschränkung dieses Grundrechts würde letztlich nur zu Lasten der politisch Verfolgten gehen, ohne die Zuwanderung zu stoppen, weil deren Ursachen - Menschenrechtsverletzungen und das Wohlstandsgefälle zwischen Regionen und Staaten - fortbestehen" (AK Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion vom 18. 8. 1990).

Der Vorschlag, den Artikel 16 so zu ändern, daß Asylbewerber, die ihre Identität verschleiern wollen, von der Inanspruchnahme ausgeschlossen werden, geht auf ein wirkliches Mißbrauchsproblem ein. Nur: Hat der Deutsche Bundestag nicht gerade als Antwort auf dieses Problem einen neuen § 16 Absatz 2 im Asylverfahrensgesetz zur Sicherung der Identität von Asylbewerbern geschaffen, "um Identitätsverschleierungen in Zukunft auszuschließen" (Bericht des Innenausschusses vom 2. 6. 1992, BT-Drs. 12/2718)? Die Notwendigkeit dieser Regelungen "wurde von den Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion damit begründet, daß ein ganz erheblicher Teil der Asylbewerber versuche, sich der Identifizierung zu entziehen" (s. o.). Hat der Bundestag vor wenigen Wochen mit den Stimmen der SPD hier Regelungen beschlossen, von deren Unwirksamkeit Spitzengenossen zutiefst überzeugt waren? Was ist von der Auffassung vieler Juristen zu halten, daß das angestrebte Ziel auch durch weitere Ergänzungen des Asylverfahrensgesetzes, falls notwendig, erreichbar wäre, also ohne Grundgesetzänderung?

b) Noch schwerer nachvollziehbar ist der Vorschlag, Asylbewerber aus Staaten, in denen nach verbindlicher Feststellung derzeit politisch nicht verfolgt wird, aus der Inanspruchnahme des Artikel 16 ganz herauszunehmen. Die SPD hat mit überzeugenden Argumenten seit letztem Jahr den Vorschlag von Schäuble, durch eine Grundgesetzänderung Personen aus Herkunftsländern, in denen nach allgemeiner Überzeugung eine politische Verfolgung nicht stattfindet, vom Asylverfahren auszuschließen, zurückgewiesen. Wilfried Penner hat Schäubles Pläne einer Länderliste am 7. 11. 1991 in einer ausführlichen Bewertung als "untauglich" bezeichnet. Wenn der Petersberger Vorschlag sich als Alternative zum Länderlistenvorschlag Schäubles verstehen sollte, weil die Feststellung, in welchen Ländern derzeit politisch nicht verfolgt wird, vom Hohen Flüchtlingskommissar getroffen werden soll, ist er mit der Erklärung des Vertreters des Flüchtlingskommissars, für eine solche Aufgabe nicht zur Verfügung zu stehen, faktisch erledigt. Bleiben damit nicht nur Varianten auf dem Boden der Schäuble-Vorschläge übrig? Und gilt nicht auch für den Petersberg-Vorschlag, daß er nur dann nennenswert die Zahl der Asylverfahren verringert, wenn etwa Rumänien und die Türkei zu Nichtverfolgerstaaten erklärt würden?

Mit den praktischen Vorschlägen vom Petersberg wird kein wirksamer Beitrag zur Verringerung oder schnelleren Bewältigung des Zustroms von Asylbewerbern nach Deutschland geleistet. Auch hier drängt sich der Eindruck auf, daß der Hauptzweck vom Petersberg ein deutliches Startsignal der SPD-Spitze für umfassende, baldige Verhandlungen mit der Regierung über eine Veränderung des Artikel 16 geben will - mit offenem Ausgang.

Die Ergebnisse vom Petersberg in Sachen Grundgesetzänderungen signalisieren eine "neue Beweglichkeit" und Offenheit der SPD. Die Regierung und große Teile der Öffentlichkeit begrüßen dies als Kurswechsel der SPD. Das allein wird der SPD aber nicht zu neuer Glaubwürdigkeit und zu einem Mehr an Regierungsfähigkeit verhelfen, solange der "neue Kurs" so vage und unklar bleibt. Eine breite Diskussion der Partei über die Vorschläge ist dringend erforderlich.

(-/27. August 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Forderungen an eine moderne Alten-Politik

Die Bundeskonferenz der SPD-Seniorinnen und Senioren hat unter dem Motto "Für ein lebenswertes Alter im geeinten Deutschland" Erwartungen an eine sozialdemokratische Regierungsalternative erarbeitet. Das Papier im Wortlaut:

Die Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Seniorinnen und Senioren fordert die SPD auf, die Interessen der Älteren konsequent zu vertreten und ihre Programmatik gemeinsam mit den Älteren weiterzuentwickeln. Wir Seniorinnen und Senioren in Deutschland erwarten, daß unsere Wünsche nach Lebensqualität angemessen berücksichtigt werden. Der deutsche und der europäische Einigungsprozeß dürfen nicht auf dem Rücken unserer Generation ausgetragen werden.

Schon heute sind über 16 Millionen Menschen in Deutschland über 60 Jahre alt. Die Stimmen von uns Älteren haben Gewicht und wir werden unseren Einfluß nutzen - bei Wahlen ebenso wie bei Meinungsbildungen in Organisationen und Verbänden.

Diskriminierende Etiketten wie "Vergreisung der Gesellschaft" oder "Altenberg" akzeptieren wir nicht. Sie werten das Alter gegenüber anderen Lebensabschnitten ab, sie vermitteln ein falsches Bild von den Älteren.

Das Alter ist ein eigenständiger Lebensabschnitt. Die individuelle Lebenszeit ist gestiegen, Gesundheit und materielle Absicherung sind für viele besser geworden. Zu dieser Entwicklung hat vor allem sozialdemokratische Politik beigetragen. Im Ergebnis ist die Vielfalt von Lebensstilen und Lebenszielen im Alter heute breiter denn je. Selbständigkeit, Selbstverwirklichung, gesellschaftliche Mitwirkung sind nicht auf die Jungen beschränkt. Wer heute und künftig diese Gesellschaft vernünftig gestalten will, der ist auf das gesellschaftliche Engagement von uns Älteren angewiesen und muß das Positive am Alter und am Älterwerden sehen.

Altenpolitik heißt folgerichtig nicht nur soziale Absicherung.

Wir sagen aber auch nachdrücklich: Alter und Ruhestand gleichen Benachteiligungen aus früheren Lebensphasen nicht aus. Soziale Sicherheit im Alter ist eine wichtige Voraussetzung zur Selbstbestimmung. Hinzu treten altersspezifische Nöte und Bedürfnisse, die in einer auf andere Generationen ausgerichteten Gesellschaft allzu oft ignoriert werden. Der Sozialabbau im Westen, Unsicherheit, Versorgungslücken und das Gefühl vieler Älterer im Osten, zur "verlorenen Generation" zu werden, rückt für uns die materielle Seite von Lebensqualität in den Vordergrund unseres Interesses.

Die jetzige Bundesregierung ist an ihren Aufgaben gescheitert.

Die SPD wird mit Björn Engholm eine personelle und mit ihrem Regierungsprogramm eine inhaltliche Alternative anbieten. Sie muß für die Älteren in der Bevölkerung überzeugend sein. Wir Seniorinnen und Senioren formulieren Mindestanforderungen an das sozialdemokratische Regierungsprogramm und an das Sofortprogramm, an dem die SPD zur Zeit arbeitet.

1. Sofortige Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung

Verbände und Organisationen, wie die Krankenkassen, kommunale Spitzenverbände, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Betroffenengruppen kommen mit uns zu dem Ergebnis:

1. eine rasche Lösung der Pflegeabsicherung ist dringend erforderlich,
2. das von der SPD vorgelegte Modell einer gesetzlichen Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenversicherung ist der beste Vorschlag.

Die Pflegeversicherung muß ihren Platz in den Vorschlägen für ein Sofortprogramm zur Sicherung des sozialen Netzes in Deutschland haben. Die SPD-Seniorinnen und Senioren unterstützen die SPD bei der Durchsetzung der Versicherungslösung, die die gesamte Bevölkerung einschließt, die andere soziale Rechte nicht berührt und auch die Arbeitgeber in die solidarische Mitverantwortung einbezieht. Die Pflegeversicherung kann noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten.

Weitere Schritte zur Überwindung des Pflegenotstands liegen in der bundesweiten einheitlichen Altenpflegeausbildung, in qualifizierten Programmen zur Weiterbildung und Zusatzausbildung sowie in der Standardsicherung der stationären und ambulanten Altenpflege.

2. Alterssicherung zeitgemäß gestalten

Reformbedarf besteht für die Alterssicherung insgesamt. Es gibt einen großen Teil Altersrentner und -rentnerinnen, deren Rentenanspruch ein menschenwürdiges Leben im Alter von vornherein nicht garantiert. Das leistungsbezogene, auf Lohnarbeit beruhende Rentensystem muß ergänzt und modernisiert werden. Der Einstieg darf nicht länger hinausgezögert werden.

Soziale Grundsicherung im Alter und bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit

Wir brauchen die soziale Grundsicherung, um der Altersarmut entgegenzuwirken. Deutschland gehört zur Minderheit der europäischen Staaten, die nicht für eine Mindestsicherung im Alter sorgen.

Die Soziale Grundsicherung soll deutlich über dem Sozialhilfesatz liegen und an der Rentensteigerung teilhaben. Sie wird vom Bund finanziert und von den Rentenversicherungsträgern ausgezahlt, auch um Älteren den Weg durch das Gewirr sozialer Rechte und Fristen, wie heute bei der Sozialhilfe, zu ersparen. Sonstige Einkommen sollen angerechnet werden, auf das Heranziehen von Verwandten soll jedoch verzichtet werden.

Die eigenständige Alterssicherung der Frau

Das heutige Rentensystem spiegelt die Benachteiligung der Frauen im Berufsleben nur wider. Aus der Veränderung der Altersstruktur und der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen soll die SPD rentenpolitische Konsequenzen ziehen und ein Konzept einer eigenständigen Alterssicherung für Frauen vorlegen.

Renten in den neuen Ländern

Wir erwarten die rasche Beseitigung der Benachteiligungen von Rentnern und Rentnerinnen in den neuen Bundesländern. Die von der SPD erkannten Mängel des Rentenüberleitungsgesetzes 1992 gilt es zu beheben. Die Sozialzuschlagsregelung muß außerdem solange gelten bis die Soziale Grundsicherung in Deutschland Wirklichkeit ist und Armut im Alter verhindert werden kann.

Mehr als 800.000 Menschen sind vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Das hat Folgen für die Rentenhöhe und das eigene Selbstwertgefühl. Mittlerweile sind fast alle über 55jährigen vom ostdeutschen Arbeitsmarkt verschwunden. Für sie gab es keine Wahl. Gezielte Arbeitsförderung muß diese Situation für die Zukunft vermeiden.

3. Gesundheitsreform nicht auf Kosten der Patienten

Die SPD-Seniorinnen und Senioren setzen sich mit der SPD gemeinsam ein für ein Konzept mit mehr Wirtschaftlichkeit und Kostentransparenz der angebotenen Leistungen und Strukturen des Gesundheitswesens. Jede weitere Patientenbelastung, jede Aufteilung in Wahl- und Regelleistung mit der Gefahr einer Zwei-Klassen-Versorgung lehnen wir ab. Solche Regelungen belasten vor allem die älteren Patienten, von denen ein erheblicher Teil über ein geringes Einkommen verfügt. Besonders die Älteren in Ostdeutschland können die geplanten, wenn auch niedriger angesetzten Zuzahlungen nicht tragen.

Die Älteren bilden in unserer Gesellschaft die Gruppe mit der höchsten Krankheits- und Behandlungshäufigkeit, auch weil sich Nöte aus früherer Zeit und Krankheiten durch Arbeitsbelastung oft erst spät auswirken. Wir fordern im Interesse der älteren Menschen, daß die Gesundheitsförderung, die Vorbeugung und Rehabilitation mehr Gewicht erhalten ebenso wie die solidarische Betreuung der chronisch und psychisch Kranken und Behinderten in unserem Land.

4. Für eine soziale Wohnungspolitik

Eine soziale Wohnungspolitik in Deutschland umfaßt die Förderung des Wohnungsbaus, des sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, ebenso wie die Begrenzung von Mietpreissteigerungen und den Schutz der Mieter. Die Planung von Wohnraum muß die unterschiedlichen Anforderungen aus der Bevölkerung an Wohnqualität berücksichtigen. Es besteht wachsender Bedarf an Wohnraum für ältere Menschen.

Die SPD-Seniorinnen und Senioren gehen davon aus, daß die von der SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Maßnahmen (Antrag "Wohnen im Alter", 13. November 1991 der SPD-Bundestagsfraktion) in einer künftigen SPD-geführten Wohnungspolitik umgesetzt werden.

Zugänglichkeit, Ausstattung, Finanzierbarkeit und das Wohnumfeld schaffen besondere Bedingungen an den Wohnraum für Ältere. Eine angemessene Wohnsituation kann das selbständige Leben im Alter erheblich verlängern, den Wechsel in teure Heimunterbringung hinauszögern.

5. Arbeitsförderung auch für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Seit den 70er Jahren reduziert sich die Erwerbsbeteiligung der Älteren kontinuierlich. Frühere sozialpolitische Regelungen und die Wahlfreiheit des Einzelnen konnten nicht über den "Druck" am Arbeitsmarkt hinwegtäuschen. Die Bedingungen zum vorzeitigen Ausscheiden haben sich jedoch verschlechtert und weitere Verschärfungen sind geplant. Arbeitsmarktpolitik darf nicht zu Lasten der älteren Arbeitnehmer/Innen gehen. Sozialverträgliche Regelungen zum vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben müssen Bestand haben, ebenso wie die Arbeitsförderung für die Situation der Älteren am Arbeitsmarkt erhalten beziehungsweise ausgebaut werden muß. Bereits in wenigen Jahren wird unsere Wirtschaft auf die Erfahrungen der Älteren kaum verzichten können. Für einen "neuen" Umgang mit älterwerdenden Belegschaften muß es Anreize insbesondere für die mittleren Betriebe geben. Der Verbleib im Arbeitsleben muß ebenso möglich werden wie der Wiedereinstieg für Frauen und Männer nach Pausen, die der Familie, der Weiterbildung, der Pflege unter anderem gehören.

6. Integration heißt Beteiligung

Viele ältere Menschen sind bereit, Zeit und Energie aufzuwenden, um in der Politik, in Verbänden und Organisationen oder selbstorganisiert Verantwortung zu übernehmen und unsere Gesellschaft mitzugestalten. Sie erwarten, daß über ihre Geschicke nicht ohne sie entschieden wird. Die SPD ist gut beraten, wenn sie dafür sorgt, daß Ältere auf allen Ebenen angehört werden und bei Entscheidungen mitwirken können. Wir erwarten, daß die SPD mit gutem Beispiel vorangeht und ihre programmatischen Vorstellungen mit den Seniorenorganisationen als Interessenvertretungen der Älteren diskutiert. Und: ein Gradmesser für Glaubwürdigkeit wird sein, wie die SPD mit den Älteren in ihren eigenen Reihen umgeht.

(-/27. August 1992/rs/ks)
